



BLICKPUNKTE



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe Juli 2018

INHALT

Haushalt – Keine neuen
Schulden und
Rekordinvestitionen

SPD erhält humane
Asylpolitik

Baukindergeld und soziale
Wohnraumförderung
kommen

Der Mindestlohn ist ein
Erfolg und wird weiter
steigen

Blick in die Landespolitik:
Auf nach Vorne mit neuem
Team

V.i.S.d.P.:

Ingrid Arndt-Brauer, MdB

Postfach 11 56

48600 Ochtrup

Tel.: 02553 / 977 10 53

Fax: 02553 / 977 10 54

Mail:

[ingrid.arndt-](mailto:ingrid.arndt-brauer.wk01@bundestag.de)

brauer.wk01@bundestag.de

Bildquellen

Kuppelinnenansicht: Klaus-Peter
Tuchscherer / pixelio.de

© Bild Arndt-Brauer: Deutscher
Bundestag / photothek/ Thomas
Koehler

Liebe Leserinnen und Leser,

die SPD-Fraktion orientiert sich immer an der Sacharbeit, auch wenn das mit einem Koalitionspartner wie der CSU nicht immer einfach ist. Die schrillen Töne eines in Bayern entmachteten und nach Berlin weggelobten Horst Seehofer überlagerten über Wochen die sachliche Regierungsarbeit - auch seine eigene. Wir haben einen Koalitionsvertrag mit CDU/CSU, der gerade im Bereich der Innen- und Baupolitik noch abgearbeitet werden muss. Konzentrierte Sacharbeit ist das beste Mittel gegen Politikverdrossenheit. Das Spiel der CSU aus Angst um die Landtagswahl in Bayern hat nicht nur die Regierung in eine Krise befördert, nicht nur das Ansehen der CDU/CSU-Fraktion beschädigt, sondern auch das Vertrauen in unsere Demokratie geschwächt. Dieses Vertrauen muss durch gute Regierungsarbeit wiedererlangt werden.

Die SPD hat die Pläne von Innenminister Seehofer gebremst. Wir halten an einer menschlichen Flüchtlingspolitik fest. Es wird weder Gefängnisse für Flüchtlinge, noch nationale Alleingänge geben. Wir haben für die Beschleunigung der Asylverfahren gesorgt und durchgesetzt, dass wir noch in diesem Jahr ein Einwanderungsgesetz verabschieden. Damit hat sich die SPD in den zentralen Punkten durchgesetzt.

Die Migrationspolitik ist aber nur ein Teil der aktuellen Herausforderungen. Entscheidend für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist die soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit mit armutsfesten Löhnen gehört genauso dazu, wie eine zukunftssichere Rente, die Überwindung der Zwei-Klassen-Medizin, gerechte Bildungschancen, Bekämpfung von Kinderarmut und gute Pflege. Nicht nur demographischer Wandel und Digitalisierung fordern uns heraus. Auch international müssen wir uns neuen Rahmenbedingungen stellen: Die Globalisierung verändert das Zusammenleben auf der Welt nachhaltig und die immer stärker von nationalen Egoismen geprägte internationale Lage macht es schwieriger, Politik zu gestalten. Diese Situation erfordert unsere volle Aufmerksamkeit - auch die der CSU.

In dieser Ausgabe der Blickpunkte stellen wir den Haushalt für 2019 vor, zeigen Ihnen, was im Koalitionsausschuss zur Migration im Detail beschlossen wurde, wie genau das Baukindergeld aussehen wird, was in der sozialen Wohnbauförderung geplant ist, wie sich der Mindestlohn weiterentwickelt. Auch auf die Landespolitik in NRW werfen wir natürlich einen Blick.

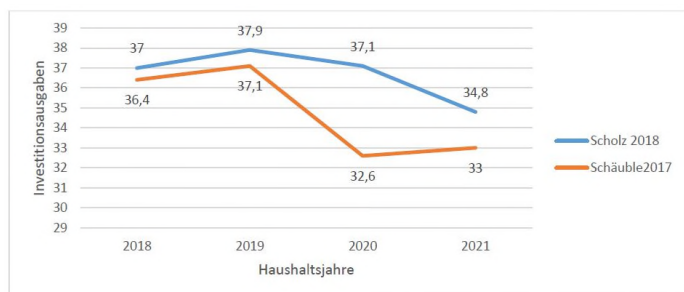
Ihre

Ingrid Arndt-Brauer



Haushalt – Keine neuen Schulden und Rekordinvestitionen

Finanzminister Olaf Scholz hält an der schwarzen Null fest. Damit schützen wir unsere zukünftigen Generationen vor neuen Belastungen und verschaffen uns gleichzeitig Luft, alte Schulden abzubauen. Wir wollen auch weiterhin nicht auf Kosten unserer Kinder leben. Deshalb ist der Verzicht auf Neuverschuldung nicht unser einziger Schwerpunkt im Haushalt: Wir werden zugleich massiv in die Zukunft unseres Landes investieren. Denn wer auf Zukunftsinvestitionen zum Beispiel in Bildung oder Infrastruktur verzichtet, lebt ebenfalls auf Kosten seiner Kinder. Deswegen werden wir unter Finanzminister Olaf Scholz stärker investieren, als es sein Vorgänger geplant hat.



Investitionsplanungen Scholz und Schäuble im Vergleich. Quelle: SPD-Bundestagsfraktion

Der aktuelle Haushalt umfasst Ausgaben in Höhe von 343,6 Milliarden Euro. Neben den üblichen laufenden Maßnahmen kommen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Deutschlands in Höhe von 46 Milliarden Euro hinzu, ohne an anderer Stelle sparen zu müssen. Wir investieren in Kitas und Schulen, um die Bildungschancen unserer Kinder zu verbessern. Die steigende Förderung für die Forschung an Hochschulen und in anderen Forschungseinrichtungen macht uns auch in der Wissenschaft stark. Höhere Ausgaben für Straßen, die Eisenbahn und den Breitbandausbau machen die Infrastruktur unseres Landes zukunftsfähig. Mit hohen Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und die Städtebauförderung arbeiten wir daran, wieder bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Außerdem stärken wir die soziale Sicherheit mit Verbesserungen bei der Rente, der Pflege, beim Unterhaltsvorschuss und beim Kinderzuschlag. Ein großes Programm zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen wird vielen Menschen dabei helfen, den Weg zurück auf den Arbeitsmarkt zu finden. Durch die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung sorgen wir

zudem dafür, dass Arbeitgeber sich endlich wieder mit gleichem Anteil an der Vorsorge beteiligen.

Die SPD-Fraktion arbeitet im Sinne eines handlungsfähigen Staates weiterhin am sozialdemokratischen Gleichklang aus neuen Stellen, besserer Bezahlung und Auflösung von Befristungen. Bereits in diesem Jahr startet eine großangelegte Initiative zum Abbau sachgrundloser Befristungen in der Bundesverwaltung. Damit sorgen wir für einen leistungsfähigen Öffentlichen Dienst. Wir schaffen 3075 neue Stellen bei der Bundespolizei und 525 Stellen beim Bundeskriminalamt. Wir verstärken die Zollverwaltung mit rund 1400 zusätzlichen Stellen. Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung auf, in den nächsten drei Jahren weitere 6000 Stellen zu schaffen, inklusive der entsprechenden Bedingungen für die Aufnahme der neuen Mitarbeiter. Damit stellen wir beispielsweise sicher, dass die gesetzlichen Regeln zum Mindestlohn eingehalten werden - hierfür ist der Zoll zuständig. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schaffen wir 1650 zusätzliche Stellen und nehmen zusätzlich 4500 Entfristungen vor. 200 Entfristungen wird es bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben geben. Damit werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehalten, die bei der Verwaltung der Immobilien unersetzbar sind. Und auch beim Abbau sachgrundloser Befristungen geht der Bund endlich mit gutem Beispiel voran: Neben umfangreichen Stellenbewilligungen, haben wir das Haushaltsgesetz geändert. Bundesbehörden dürfen künftig keine Arbeitsverträge mit sachgrundloser Befristung mehr abschließen, wenn dadurch der Anteil dieser Verträge 2,5 Prozent des Stellensolls der Behörde übersteigen würde. Es wurde höchste Zeit, dass der Bund hier mit gutem Beispiel vorangeht.

Noch nie wurden in einem Bundeshaushalt so umfangreiche Investitionen durchgesetzt, wie es jetzt der Fall ist. Bis 2022 sind hierfür rund 180 Milliarden Euro geplant. Auf unser Betreiben hin hat die Koalition damit einen Haushalt geschaffen, der diszipliniert ist, keine neuen Schulden macht - und durch die umfangreichen Investitionsprogramme eine klare sozialdemokratische Handschrift trägt. Bis zum Herbst soll der Bundestag über den Haushalt beraten und ihn verabschieden.

SPD erhält humane Asylpolitik

Im Koalitionsausschuss haben sich die Parteien der Großen Koalition auf eine gemeinsame Linie in der Migration verständigt. Die einseitigen Zurückweisungen von Flüchtlingen und die Transitzentren, die Horst Seehofer innerhalb der Union mit Rücktrittsdrohungen durchgesetzt hatte, wird es nicht geben. Das konnte die SPD verhindern. Mit einem eigenen Papier haben wir selbst wichtige Akzente in der Migrationspolitik setzen können. Noch während des völlig unsachlichen Streits zwischen CDU und CSU, haben wir Sozialdemokraten einen 5-Punkte-Plan vorgelegt, der die Migrationsbewegungen europäisch steuert. Mit diesen Forderungen konnten wir uns im Koalitionsausschuss durchsetzen. Die SPD hat dabei wichtige Erfolge für eine menschliche und effiziente Flüchtlings- und Migrationspolitik erzielt.



Im Grundgesetz heißt es „politisch Verfolgte genießen Asyl“. Dieses Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt und wird nicht in Frage gestellt.

Die Reisefreiheit im Schengenraum ist eine große Errungenschaft der Europäischen Einigung. Die Rückkehr zu geschlossenen Grenzen und Schlagbäumen darf es nicht geben. Ein vereintes Europa ist auch in der Flüchtlingsfrage auf Kooperation angewiesen und unsere Nationen dürfen sich nicht untereinander abschotten. Nationale Alleingänge sind ausgeschlossen. Es gibt eine Lösung nur mit Europa und nicht gegen Europa. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass die von der CSU verlangten einseitigen Zurückweisungen an der Grenze nicht zur Realität werden.

Nicht geschlossene nationale Grenzen sind die Lösung des Problems, sondern der stärkere Schutz unserer europäischen Außengrenzen. Der Europäische Rat hat beschlossen, die Grenzagentur FRONTEX deutlich auszubauen und das Mandat zu erweitern. Diese Bemühungen werden wir unterstützen.

Deutschland wird die EU-Mitgliedstaaten an den Außengrenzen der Europäischen Union bei der Bewältigung ihrer besonderen Herausforderungen unterstützen. Mit Spanien und Griechenland ist etwa vereinbart, die Fälle der Familienzusammenführungen schrittweise abuarbeiten und abzuschließen.

Das Einwanderungsgesetz wird noch in diesem Jahr im Kabinett beschlossen. Damit setzen wir unsere Kernforderung in der Migrationspolitik in die Tat um. Denn es kommen nicht nur Menschen als Asylbewerber nach Deutschland. Viele Einwanderer suchen gezielt Arbeit, während wir auf die Zuwanderung von Fachkräften angewiesen sind. Diese Zuwanderung außerhalb des Asylsystems müssen wir steuern und klare Regeln schaffen. Transparente Auswahlkriterien machen es Betroffenen wesentlich leichter, ihre Chancen auf Einwanderung abzuschätzen. Das verhindert den Zuzug derjenigen, die keine Bleibeperspektive haben und fördert die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften.

Wir haben zudem dafür gesorgt, dass das Recht auf Asyl gewahrt bleibt. Asylbewerber, die oft schlimmste Traumata durchlitten haben, dürfen daher nicht kriminalisiert werden. Ein Asylantrag ist kein Verbrechen, sondern ein Recht. Die von der CSU geforderten, geschlossenen Flüchtlingslager wird es deshalb nicht geben. Wir haben schon früh klar gemacht, dass solche Einrichtungen für uns nicht zur Debatte stehen. Damit haben wir uns durchgesetzt.

Asylverfahren werden wir beschleunigen. Nicht zu wissen, ob es überhaupt eine Perspektive gibt, im Land bleiben zu dürfen, ist für Asylbewerber besonders belastend. Die Entscheidung über die Anerkennung dauert auch jetzt noch viel zu lang. Deshalb werden wir auch das Personal im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhöhen.

Die egoistische Profilierungssucht eines einzelnen Ministers und seiner Regionalpartei haben uns über Wochen gelähmt. Eine solche Situation darf sich nie mehr wiederholen. Ein Minister, der die Richtlinienkompetenz der Kanzlerin in Frage stellt, der eigenmächtig handelt und Drohungen zum Mittel des Regierens macht, ist nicht mehr tragbar. Dass Seehofer noch Minister ist, ist auch eine Schwäche von Angela Merkel.

ZITAT DES TAGES

"Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum — besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll."

Willy Brandt

Baukindergeld und soziale Wohnraumförderung kommen

Die Neuregelung der Migrationspolitik wurde in der Öffentlichkeit besonders aufmerksam verfolgt. Im Koalitionsausschuss haben wir aber noch mehr erreicht: Nicht nur der Rahmen für das Baukindergeld wurde abgesteckt - die für uns besonders wichtige Förderung des sozialen Wohnraums haben wir durchgesetzt. Wir wollen jungen Familien den Erwerb von Wohneigentum ermöglichen und bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Die Förderung des Ersterwerbs von Neubau und Bestand durch das Baukindergeld wird auf den Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2020 begrenzt. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wird die Höhe des Baukindergeldes 1.200 Euro je Kind und Jahr betragen und für einen Zeitraum von 10 Jahren gewährt. Das Baukindergeld orientiert sich damit nicht an einer bestimmten Wohnungsgröße, sondern wird unbürokratisch flächendeckend bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000 zu versteuerndem Einkommen pro Jahr zuzüglich 15.000 Euro pro Kind gezahlt.

Das Baukindergeld ist eine wichtige Maßnahme, da sie die Eigentumsbildung von jungen Familien fördert. Die zeitliche Befristung des Baukindergeldes und damit die Einhaltung des vereinbarten Kostenrahmens schafft damit auch den Spielraum, die im Koalitionsvertrag vereinbarten Abschreibungsbedingungen für den frei finanzierten Wohnungsbau ab 1. September 2018 bis zum 31. Dezember 2021 zusätzlich zur linearen Abschreibung um 5 % p. a. für vier Jahre zu erhöhen. Damit setzen wir auch steuerliche Anreize für den Wohnungsbau.

Zudem werden die Mittel für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus über die im Koalitionsvertrag bis 2021 bereits vorgesehenen 2 Mrd. Euro hinaus in 2019 um weitere 500 Mio. Euro erhöht. Der Städtebauförderung werden für 2019/2020 zudem 50 Mio. zusätzlich pro Jahr im Vergleich zu den ursprünglichen Eckwerten des Bundeshaushalts zur Verfügung gestellt. Sozialer Wohnungsbau und Städtebauförderung sind für uns Sozialdemokraten Kernthemen. Wir lösen damit das Versprechen ein, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Denn Wohnraumförderung ist nur dann sinnvoll, wenn alle Gesellschaftsschichten davon profitieren.



Wohneigentum und Miete darf kein Luxus sein
Foto: RainerSturm / pixelio.de

Der Mindestlohn ist ein Erfolg und wird weiter steigen

Bei der Einführung eines allgemeinverbindlichen gesetzlichen Mindestlohns gab es so manche Unkenrufe der politischen Konkurrenz und aus der Wirtschaft, der Mindestlohn würde Arbeitsplätze kosten und der Wirtschaft schaden. Dreieinhalb Jahre später haben wir ein stetiges Wirtschaftswachstum und Rekordbeschäftigung. Millionen Menschen in unserem Land sind durch den gesetzlichen Mindestlohn schlagartig in den Genuss eines menschenwürdigen Gehaltsniveaus gekommen. Für viele von ihnen war dies gleichbedeutend mit einer massiven Gehaltserhöhung. Vor allem Frauen, geringfügig Beschäftigte und Ungelernte, sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ost-deutschland profitieren.

Die Mindestlohnkommission hat turnusgemäß ihren Bericht und ihren Anpassungsbeschluss vorgelegt (www.mindestlohn-kommission.de). Es ist sehr erfreulich, dass ihre Mitglieder sich einstimmig für eine stufenweise Erhöhung des Mindestlohns ausgesprochen haben. Mit dem Stufenmodell hat die Kommission verantwortungsvoll und Augenmaß die Spielräume genutzt, die das Gesetz zulässt. Danach soll der Mindestlohn zum 1. Januar 2019 auf 9,19 Euro steigen. Im Jahr darauf, zum 1. Januar 2020, soll er nochmals auf 9,35 Euro erhöht werden. Das entspricht einem Zuwachs von über fünf Prozent.

Über drei Jahre nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns können wir eindeutig feststellen: Eine negative Auswirkung auf die Beschäftigung in Deutschland ist nicht erkennbar, zudem schreibt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung Monat für Monat Rekordwerte. Damit wird deutlich: Der Mindestlohn und seine Anpassung schadet niemandem, aber er nutzt vielen.

Die überwiegende Mehrzahl der Unternehmen in Deutschland hält sich an Recht und Gesetz und das Fairplay im Wettbewerb. Um diese Unternehmen zu stärken und die Beschäftigten zu schützen, müssen wir konsequent dafür sorgen, dass der

Mindestlohn auch überall eingehalten wird. Anständige Arbeitgeber dürfen keinen Nachteil gegenüber jenen Unternehmen haben, die den Mindestlohn unterlaufen. Lohndumping als Geschäftsmodell werden wir nicht dulden und deshalb noch beherzter dafür sorgen, dass das Mindestlohn-Gesetz durchgesetzt wird. Denn Deutschland ist nicht nur eine soziale Marktwirtschaft, sondern auch ein sozialer Rechtsstaat. Die Umgehung des Mindestlohns ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein klarer Rechtsbruch, der geahndet werden muss. Wie wir es im Koalitionsvertrag gemeinsam beschlossen haben, werden wir daher die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) beim Zoll verstärken und personell deutlich aufstocken.

Der Mindestlohn ist eine Erfolgsgeschichte und gut für unser Land. Er kommt bei den Menschen an und sorgt für mehr Gerechtigkeit. Und auch die Arbeit der unabhängigen Kommission hat sich bewährt. Ihren Beschluss zur Anpassung des Mindestlohns wird die Bundesregierung nun durch eine Rechtsverordnung verbindlich machen. Mit dem für den Herbst angestrebten Kabinettsbeschluss kann die neue Verordnung zur Höhe des Mindestlohns am 1. Januar 2019 in Kraft treten. Damit werden auch im kommenden Jahr wieder Millionen von Menschen einen besseren Lohn für ihre Arbeit erhalten.

Und dennoch ist ein Mindestlohn noch lange kein guter Lohn. Es handelt sich um eine Untergrenze. Für eine wirklich gute Lohnentwicklung müssen wir in Deutschland die Tarifbindung wieder stärken. Es müssen wieder mehr Beschäftigte unter den Schutz der Tarifverträge fallen. Denn Tarifverträge sorgen nicht nur für faire Löhne und angemessene Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern sie schaffen auch verlässliche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen.

Auf nach vorne mit neuem Team

Aufbruchsstimmung bei der NRWSPD. Kurz bevor er auf dem Landesparteitag mit 80,3% zum neuen Landesvorsitzenden gewählt wurde, traf Sebastian Hartmann mit einer kämpferischen Rede den Nerv der 485 Stimmberechtigten im Saal: „Niemand will eine traurige Truppe, die selbst nicht an ihren Erfolg glaubt.“ Eine neue sinnstiftende Idee für NRW, ein stark verjüngter Landesvorstand, Schluss mit der Selbstbeschäftigung – der Landesverband hat in Bochum den Startschuss für eine bessere SPD gesetzt.



Das neue Vorstandsteam der NRW SPD rum um Sebastian Hartmann (4.v.l.)
Foto: NRW SPD

Dass dies nun dringend notwendig sei, erklärte der scheidende Parteichef Michael Groschek den Delegierten gleich zu Beginn seiner Abschiedsrede. Er, der die NRWSPD nach der Landtagswahl in schwieriger Lage übernahm und nun nicht mehr antrat, erklärte den von ihm geleiteten Übergang für beendet: „Wir stellen heute das neue Team auf. Wir blicken nach vorne.“

So kam es. Mit einem Durchschnittsalter von 41 Jahren bekommt die SPD in NRW die jüngste Parteispitze aller Zeiten. Die neue Generalsekretärin Nadja Lüders (erhielt 77,5%), die stellvertretenden Vorsitzenden Marc Herter (67,6%), Elvan Korkmaz (82,4%), Veith Lemmen (77,3%), Sören Link (83,5%), Dörte Schall (89,7%) und Schatzmeister André Stinka (gewann mit neun Stimmen die Wahl gegen Ibrahim Yetim) übernehmen neben dem Bornheimer Hartmann

Verantwortung. Insgesamt fasst der Landesvorstand 38 Personen, die Hälfte davon neu im Gremium. Besonders die NRW Jusos konnten sich über gute Wahlergebnisse freuen. Ihre fünf Kandidaturen überzeugten die Delegierten im Bochumer RuhrCongress.

Jetzt zählen Ideen. Der mitgliederstärkste SPD-Landesverband habe eine Aufgabe als starke Opposition in NRW und Ideengeber im Bund, so Hartmann: „Wir müssen ein doppelter Motor sein.“ Sebastian Hartmann und Nadja Lüders wollen nun eine Dauerkampagne starten, die starke Antworten einer linken Volkspartei auf die Fragen unserer Zeit liefert. Arbeit, soziale Sicherheit, Bildung – die aktuelle Politik stelle bei diesen Zukunftsthemen zu wenig die Weichen.

Ein radikales neues Denken, ein „New Deal“ müsse her, mit dem man wieder in das investiere, was die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Leben benötigen. „Was bei Zocker-Banken geht – das muss auch in Stadt und Land möglich sein. Wir brauchen endlich eine „Bad Bank“, um unsere Städte und Gemeinden von ihrer Schuldenlast zu befreien. Lasst sie uns wieder in die Lage versetzen, Schulen zu den modernsten Lernorten zu machen oder auch mal wieder Bibliotheken oder Schwimmbäder zu bauen“, forderte Sebastian Hartmann.

Ein anderes Beispiel: „Die Wohnkosten sind längst zur sozialen Frage des Jahrzehnts geworden. Wir müssen Wohnungen im öffentlichen Eigentum bauen und modernisieren. Dafür brauchen wir eine neue Wohnbaugesellschaft des Landes.“

Sie haben sich also einiges vorgenommen in der Landespartei. Von nun an heißt es: Auf nach vorne.